

KRALOWETZ-AFFÄRE

"Sie kommen wieder"



... und immer wieder geht die Sonne auf!

(Foto: Christian Mosar)

Mit einer großzügigen Geste hat Luxemburg die menschlichen Aspekte der Kralowetz-Affäre abgehakt und wendet sich nun den juristischen zu. Doch das Reservoir billiger Arbeitskräfte in Osteuropa wird weiterhin Profiteure anlocken.

Angesichts der herumstehenden Kralowetz-Laster sorgten sich die Organisatoren mehrerer Tanzveranstaltungen auf dem P&R Howald um die Durchführbarkeit ihrer "Fuesbaler", weiß das Luxemburger Wort zu berichten. Transportminister Henri Grethen sorgt sich darum, wie er die Attacken der Opposition abwehren kann. 171 osteuropäische Lastwagenfahrer haben das Rampenlicht der Öffentlichkeit verlassen und sind in ihre Länder zurückgefliegen worden.

Sie sind jetzt arbeitslos. Hätte man sie regularisieren, ihnen eine Arbeitserlaubnis geben sollen? "Bei der Beratung vor einer Woche mit den zuständigen Ministerien, den ONG und den Gewerkschaften waren sich alle einig, das nicht zu tun", versichert Paul Schmit, Regierungskommissar im Transportministerium gegenüber der woxx. Caritas und Croix-Rouge, die bei der Beratung anwesenden Organisationen, sahen ihre Rolle darin, die humanitäre Not zu lindern und nicht, eine Regularisierung einzufordern. Die Organisationen

aber, die sie hätten fordern können, waren nicht anwesend.

Was die Gewerkschaften betrifft, so soll unseren Informationen nach der OGB-L diese Option ins Auge gefasst haben. Doch OGB-L-Präsident John Castegnaro, der das Dossier zur Chefsache gemacht hat, will davon nichts wissen: "Das hätte einen fürchterlichen Präzedenzfall geschaffen. Fahrer aus ganz Europa wären gekommen." Ob Luxemburg den Kralowetz-Fahrern nicht eine Geste schuldig sei? Der OGB-L-Präsident, der gewöhnlich nicht zögert, den Mund vollzunehmen, gibt sich in diesem Punkt zurückhaltend: "Davon kann man nur träumen. Ich muss pragmatisch handeln. Die Regierung hätte das nie akzeptiert."

Doch er habe Anrufe bekommen von Transportunternehmern, die Kralowetz-Fahrer einstellen wollten. Er habe nur absagen können - sie mussten zurück. Hätten sie wirklich hier Arbeit gefunden? "Jetzt, wo sie weg sind, behaupten das alle. Bei uns haben sich Arbeitgebervertreter zu keinem Zeitpunkt gemeldet", erregt sich Paul Schmit. Die Rückführung sei unumgänglich gewesen.

Die Stimme der Vernunft

"Unter den gegebenen Umständen war dieses Ergebnis das Beste", bestätigt Marc Crochet vom Roten Kreuz, der die Leute betreut hat. Die 1.000 Euro von der Regierung, die jeder in die Hand gedrückt bekommen habe, seien kein Schuldeingeständnis gewesen sondern eine ehrlich gemeinte Hilfe. Nachteile für die Betroffenen wie "Illegalitäts"-Vermerke im Reisepass seien vermieden worden. "Alle sind freiwillig heimgekehrt und waren dankbar für die Hilfe", so Marc Crochet.

Zum Vorwurf, die Fahrer hätten Material aus den Lastern entwendet - die "Voix" berichtete am Dienstag von einer Strafanzeige - bestätigte Marc Crochet, dass unter anderem GPS-

Geräte ausgebaut worden seien. Die Fahrer hätten sich für die Geräte verantwortlich gefühlt. Sie hätten sie aber zusammen mit den Fahrzeugschlüsseln und -papieren abgegeben, zum Teil beim Roten Kreuz, weil sich niemand sonst zuständig fühlte, danach beim Zoll.

Unklar ist, wie viele Fahrer noch wie viel Geld von der Firma zu bekommen haben. Der OGB-L hat eine Sammelklage von 86 Fahrern eingereicht. Doch Marc Crochet ist pessimistisch: "Ich glaube, die Chancen stehen schlecht. Die Firma besitzt nichts." John Castegnaro weist auf die Aussagen von Henri Grethen, es sei genug Geld da. Sollte dies stimmen, so sollten nach der Bankrotterklärung die Fahrer zu ihrem Recht kommen. Das Problem, dass Scheinselbstständige keinen Anspruch auf Auszahlung haben, stellt sich laut Paul Schmit nicht - die Kralowetz-Fahrer gelten alle als lohnabhängig.

"Wir hoffen, dass die Probleme im Straßentransport nun nicht wieder unter den Teppich gekehrt werden", betont John Castegnaro. Paul Schmit versichert, die seit langem vorbereiteten gesetzgeberischen Initiativen würden jetzt beschleunigt. Unklar ist, wie viele Firmen mit ähnlichen Geschäftsmethoden es derzeit in Luxemburg gibt. Der Regierungskommissar möchte sich nicht äußern: "Wir reden jetzt nicht, wir handeln."

Dr. Kralo & Mr. Wetz

Ist Karl Kralowetz ein Blutsauger oder nur ein gewiefter Geschäftsmann, der die Bedürfnisse der EU-Transportwirtschaft mit jenen osteuropäischer Fahrer zusammenbrachte? "Für uns ist Herr Kralowetz alles andere als ein Wohltäter", meint Marc Crochet, "doch aus der Sicht der Betroffenen fällt das Urteil nüancierter aus." Er berichtet von einem Fahrer, der sagte: "Wie stehe ich denn nun gegenüber jenem Mann? Immerhin hat er es mir ermöglicht, mein Kind über zwei Jahre auf die Schule zu schicken ..." In gewissem Sinne steckten die Fahrer mit ihrem Chef unter einer Decke, sie mussten ja erzählen, sie hätten einen regulären Arbeitsvertrag.

Marc Crochet schätzt, dass die meisten Fahrer es wieder tun würden: selbst auf den Kilometer bezahlt, verdienten sie viel mehr als in ihren Ländern. Und fügt hinzu: "In der Situation würde auch jeder von uns so überlegen." "Viele sind wohl schon dabei, einen neuen Arbeitgeber zu suchen, um das Gleiche weiterzumachen", bestätigt auch John Castegnaro, "immerhin bringen sie ja Erfahrung mit ..." Der OGB-L-Präsident ist nicht grundsätzlich gegen Arbeitskräfte aus dem Osten. Seine Gewerkschaft fordere einen gewissen Prozentsatz von Nicht-EU-Fahrern pro Firma. Die sollen dann aber alle Rechte eines regulären Arbeitsverhältnisses und Aufenthaltes genießen. Auch bei der EU-Osterweiterung spricht er sich für einen vollständig freien Personenverkehr aus: "Eine halbe Lösung fördert nur Illegalitäten."

Raymond Klein

Kommission zu Kralowetz

"Enttäuschend", so das Urteil von Claude Turmes über die Stellungnahme der EU-Kommission zur Affäre Kralowetz. "Das Kernproblem wurde nicht angesprochen." Dabei war es der grüne Europa-Abgeordnete, der die Initiative ergriffen hatte, um die Meinung der europäischen Institution zu hören. Am Montag gab also EU-Kommissar Fritz Bolkestein eine Erklärung ab. Was das "Luxemburger Wort" zu dem Titel verleitete: "Kommission begrüßt Vorgehensweise der luxemburgischen Behörden". Eine gewagte Interpretation, denn Bolkestein begrüßte zwar grundsätzlich das Vorgehen der Behörden, unterließ es jedoch, zu präzisieren welche Behörden er denn nun meine. Immerhin trug zur Aufdeckung der Affäre nicht eine luxemburgische sondern eine deutsche Behörde bei.

Bolkestein fügte zudem hinzu: Die Kommission bedauere es, dass es überhaupt so weit kommen konnte. Eine Aussage, die wohl eher als Rüge denn als Lob aufzufassen ist. Die gute Nachricht des Kommissars: Wenn die neuen EU-Richtlinien in Kraft sind, wird ein "Cowboy-Unternehmer" wie Kralowetz gar nicht mehr zum Zuge kommen. Daran zweifelt jedoch Claude Turmes. Zum einen dauere dies noch zu lang und zum anderen müsste vor allem das Kontrollsystem verbessert werden, so Turmes.

Article 3 contre "logique Frieden"

Le cas de cet Albanais expulsé en octobre dernier avait déjà fait des vagues à l'époque (voir woxx no 610). Les demandes de l'intéressé pour obtenir l'asile, puis la régularisation, avaient été refusées parce que, des années auparavant, il avait utilisé une fausse identité pour obtenir l'asile en Allemagne. Dans la "logique Frieden", il risquait donc de "troubler l'ordre public". Le recours contre l'expulsion vient d'être jugé: la personne pourra revenir légalement d'Albanie.

La mauvaise nouvelle est que le tribunal a évité de se prononcer sur le refus de régularisation. Il n'y a donc toujours pas de jurisprudence permettant de savoir si le gouvernement doit respecter les règles - administratives et non légales - qu'il s'est donné en la matière, ou s'il peut prononcer des refus de manière arbitraire. En matière de non-refoulement par contre, la jurisprudence est confirmée: sur base de l'article 3 de la Convention européenne des droits de l'homme, une personne ne doit pas être exposée à un mauvais traitement dans le pays d'expulsion, même si cette menace n'émane pas de l'Etat. Dans le cas de cet Albanais, deux assassinats et un incendie criminel contre des membres de sa famille ont convaincu les juges du bien-fondé de ses craintes.

Mit Mentoring in die Führungsetagen

Nach der Auftaktveranstaltung eines ersten Mentoring-Zyklus im vergangenen Dezember im Rahmen des Projekts "Frauen Macht Erfolg - mehr Frauen in Führungspositionen" hat die Escher Fraueninitiative Zarabina asbl. am vergangenen Dienstag der Presse das begleitende Jahresprogramm vorgestellt. Dieses sieht sieben "jours fixes" mit Vorträgen von renommierten Referentinnen aus Wissenschaft und Wirtschaft vor, darunter zum Beispiel die Vorstandsvorsitzende der "Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft", Prof. Dr. Barbara Schaeffer-Hegel aus Berlin (am 28. Februar), und die deutsche Buchautorin und Unternehmensberaterin Sabine Asgodom. Die Veranstaltungen, die jeden letzten Donnerstag im Monat stattfinden sollen, thematisieren die "gläserne Decke", das "Networking" und die Vereinbarkeitsproblematik von Familie und Beruf. Sämtliche Vorträge richten sich neben den am Mentoring-Projekt beteiligten 16 Mentees und Mentorinnen auch an die interessierte Öffentlichkeit. Workshops zum "Klüngeln" und zur Konfliktbearbeitung sollen Führungsbegeisterte darüberhinaus auch praktisches Können vermitteln.

Weitere Informationen unter catani.viviane@zarabina.lu

